Der Golfkrieg, die Linke und der Tod

Ein Streitgespräch zwischen Thomas Ebermann und Joachim Bruhn über Imperialismus, Antisemitismus und staatlich organisierte Gesellschaften

Aus: Arbeiterkampf °331 v. 3. Juni 1991, S. 34 -36

Am 27.4.91 veranstaltete die Radikale Linke Westberlin ein Seminar mit dem Titel „Der Golfkrieg, die Linke und der Tod". Beabsichtigt war, Verständigung über den im Zusammenhang mit dem Golfkrieg aufgebrochenen Dissens innerhalb der Linken herzustellen. Weder der übliche polemische (und argumentativ häufig sehr schwache) Schlagabtausch in der Art der letzten KONKRET-Hefte sollte Zweck der Übung sein, noch die Erzielung eines faulen Friedens unter lauter solidarischen Genossinnen und Genossen. Zwei Referenten, Thomas Ebermann (Hamburg) und Joachim Bruhn (Freiburg, ISF) personifizierten während des Seminars in recht exemplarischer Weise zwei grundsätzliche Positionen dieses innerlinken Streits: Jene, die an der Tradition des Antiimperialismus und Internationalismus, wie sie in der Neuen Linken seit über zwanzig Jahren praktiziert wird, im Prinzip festhalten will (Ebermann) und jene, die die klassische, auf Lenin zurückgehende Imperialismustheorie grundsätzlich kritisiert und insbesondere dann, wenn es um Israel geht, in fataler Welse blamiert sieht (Bruhn). Der folgende Text ist keine Dokumentation aller Redebeiträge des über fünfstündigen Seminars, sondern der Versuch, den zentralen Streit zwischen Ebermann und Bruhn herauszulösen, um ihn einem größeren Publikum als Denkanstoß zugänglich zu machen. Andere Teile des Seminars, in denen sich besonders auf die aktuelle Politik Israels bezogen bzw. antizionistische Positionen gegen den Pauschalvorwurf, antisemitisch zu sein, verteidigt wurden, wurden nicht berücksichtigt, weil sie unseres Erachtens die Ebene der Grundsatzdiskussion verlassen und in eine Spezialdiskussion führen, die ohne eine Verständigung über die zentralen Kategorien des Streits nur die Vermittlung von Informationen oder persönliche Meinungen sein können. Die Ausführungen Ebermanns und Bruhns wurden sprachlich vorsichtig bereinigt und stellenweise leicht gekürzt, in keinem Fall aber inhaltlich zensiert.

Genossen der KB-Minderheit Westberlin

Ebermann: Ich fange mal mit der Frage an, welche Bedeutung kommt dem despotischen Baath-Regime zu? Vor ein paar Jahren war eine Forderung allgemein anerkannt und zugleich strittig, die in ihrer Minimalformulierung Schuldenerlaß für die Länder der Dritten Welt lautete. In diesem Zusammenhang gab es eine Debatte, ob denn auch den grausamen Regimes die Schulden erlassen werden sollten oder es so etwas wie ein westliches Diktat, eine Art Güteprüfung geben sollte, wem die Schulden erlassen werden. Bei den Kräfteverhältnissen in einigen Ecken dieser Welt wäre diese Minimalforderung Schuldenerlaß auch Compradoren-Regimes, nationalen Tyrannen oder nationalen Bourgeoisien, jedenfalls nicht den Land- und Fabrikarbeitern, um die es bei dieser Forderung ideell ging, zugute gekommen. Trotzdem stand ich in schroffer Opposition zu denen, die ein imperialistisches, ein westliches oder ein deutsches Diktat über die Frage, unter welchen Bedingungen Schulden zu erlassen seien, herbeiführen wollten. Die Willkür dabei lag ziemlich auf der Hand. Den einen war die Demokratie ans Herz gewachsen, den anderen die Pressefreiheit und wieder andere wollten wo Folter herrscht, wo Rassismus grassiert oder ethnische Minderheiten verfolgt werden, keine Schulden erlassen sehen. In der Konsequenz wäre der Schuldenerlaß so intensiv gewesen, vielleicht auch etwas weniger, wie die herrschenden imperialistischen Kreise ihn auch diskutiert haben. Es war eigentlich ein versteckte Debatte darum, ob nicht die Weltordnung nach den Kriterien der westlichen Zivilität gestaltet werden soll – sozusagen nach der Beschlußlage der grünen Partei und dem linken Flügel der Sozialdemokraten. Dabei wurde meistens ausgemalt, wie wenig die Menschen in den undemokratischen Ecken Afrikas oder Lateinamerikas eigentlich von dem Schuldenerlaß hätten. Eine linke Variante trug dazu die Kritik vor, daß Schuldenerlaß unter konstanten Bedingungen zur Reproduktion der bestehenden Verhältnisse führe und deshalb nicht viel bringe. Damals war es noch leicht, die Dinge auseinanderzuhalten, also irgendwie zu sagen: Das imperialistische Diktat über den Schuldenerlaß teilen wir gar nicht und zugleich sind wir in Gegnerschaft – in unwichtiger Gegnerschaft, denn alles was wir sagen, ist Gesinnung und nicht materielle Gewalt – zu vielen innenpolitischen und ökonomischen Verhältnissen in den kritisierten Ländern der Dritten Welt.

Ich glaube, die Nicht-Ablehnung der imperialistischen kriegerischen Intervention im Irak basiert auf dem gleichen, damals noch verdeckt gehaltenen Denkmuster, nämlich daß man nur verteidigen kann, bzw. für die Nicht-Möglichkeit des Imperialismus, speziell des deutschen, sein kann, wenn man eine große oder mindestens mittelprächtige Sympathie zu den herrschenden inneren Verhältnissen in einem sog. Dritte-Welt-Land empfindet.

Wenn jetzt ein Land mit einem vom Imperialismus eher geschätzten Herrschaftssystem

eigene Wege geht, jetzt, wo dem Imperialismus der Gegenpart abhanden gekommen ist, er also größere Freiheiten der Intervention hat, wird einer bestraft, um 100 andere zu erziehen. Am Irak wurde exekutiert, daß ein nennenswerter Einfluß auf wichtige Ressourcen, aber auch eine nennenswerte Abtrünnigkeit nicht toleriert wird. Es wäre eigentlich sehr leicht gewesen, die Kritik an den Verhältnissen im Irak aufrecht zu erhalten und parallel den imperialistischen Krieg nicht zu billigen. Ich halte auch nichts von der Aussage, daß der Nord-Süd Konflikt den Ost-West-Konflikt ablöst. Zu einem Konflikt gehören zwar nicht zwei gleich starke, aber es muß doch wenigstens ein vergleichbares Verhältnis gegeben sein. Ist dies nicht der Fall, handelt es sich um ein Unterdrückungsverhältnis. Ich bin mir sogar sehr unsicher, ob die These richtig ist, daß es in absehbarer Zeit häufig Kriege dieser Art geben wird. Es ist auch denkbar, daß ein Jahrzehnt des faktischen Kuschens, bei Aufrechterhaltung antiimperialistischer Demagogie stattfinden wird.

Bruhn: Ich meine nicht, daß es zulässig ist, die wettweit herrschende Ökonomie unter den Begriff Imperialismus zu fassen. Der Begriff scheint mir doch zu verschlüsselt zu sein. Die von Thomas gebrauchten Formulierungen, wie „die herrschenden imperialistischen Kreise“ begreifen die Kapitalbewegungen als Ausdruck des subjektiven Willens von Individuen und ich glaube nicht, daß der Weltmarkt, die totale Weltökonomie an irgend einer Stelle diese Subjektivität zuläßt. Daraus möchte ich folgern, daß der Imperialismusbegriff ganz und gar abzulehnen ist, weil er für ein Verständnis der Wirklichkeit untauglich ist, denn er versucht, die herrschenden Kräfte der gegenwärtigen totalen Weltökonomie nach dem Muster antifeudaler Opposition zu begreifen. Wenn man so wie Thomas von den Imperialisten spricht, denkt man ja fast, das seien Individuen, die selbstbewußt und privilegiert regieren und denen eine ungeheure Masse von Entrechteten gegenübersteht, die mit dieser Weltökonomie erst einmal gar nichts zu tun haben.

Der Imperialismusbegriff wäre zudem auf seine Leninschen Wurzeln zu untersuchen. Es wäre zu zeigen, daß der Imperialismusbegriff ein ganz und gar sozialdemokratischer ist. Denn dahinter steckt die schon von Hilferding gepflogene Vorstellung, es würde reichen, die sieben Berliner Großbanken zu expropriieren und wir hätten Sozialismus. Diese Vorstellung von Imperialismus als Diktatur von Finanzmagnaten über die Zirkulation, die durch Wucher und die Abpressung von Tributen ausgeübt wird, hat sich von der Sozialdemokratie in den Bolschewismus hineingerettet.

Dagegen möchte ich den Begriff der „totalen kapitalistischen Weltökonomie“ oder „Weltmarktgesellschaft“ setzen. Im Weltmaßstab müssen die Bedingungen des friedlichen oder ungerechten „Tausches zwischen Metropolen und Peripherie gesichert werden. Deswegen treten die USA als Weltpolizeimacht, als Weltgewaltmonopolist auf, der aber eine Fülle von Unterpolizisten braucht, um seine Herrschaft im letzten Winkel der Erde durchzuhalten. In diesem Verhältnis braucht der Weltgarant von Kapitalökonomie immer noch Unteragenten, die aufgrund ihrer internen ökonomischen Verfaßtheit unter Umständen dem Weltpolizisten aus dem Ruder laufen. Dann kommt es zu den Konflikten, die Thomas zum Teil schon beschrieben hat. Jeder weiß, daß die irakische Aggression gegen Kuwait erst einmal ein Versuch war, die Bank von Kuwait zu erobern und die Schulden erlassen zu bekommen. Hier vollzieht sich aus einer internen ökonomischen Dynamik von solchen Unterpolizisten ein Umkippen der vorerst funktionalen Herrschaft gegen den Weltsouverän. Deswegen ist es richtig, zu sagen, daß der Krieg erstmal rundweg zu bekämpfen gewesen ist. Allerdings nicht unter der Perspektive des Antiimperialismus, weil der Antiimperialismus immer suggeriert, daß das Opfer des Imperialismus objektiv antiimperialistisch ist. Im extremen Fall kommt es zu solchen Thesen, wie Karam Khella aus Hamburg sie vertritt, den man durchaus als roten Nazi bezeichnen kann. Khella hat die Aggression des Irak gegen Kuwait als die Fortsetzung der Intifada auf staatlichem Niveau bezeichnet, als Beginn der Erhebung der arabischen Völker weltweit gegen den Imperialismus. Obwohl er im einzelnen zugesteht, daß im Irak einiges faul ist, bezeichnet er das als kleinere Meinungsverschiedenheiten in der arabischen Völkerfamilie.

Ich glaube, wenn man den Begriff Imperialismus benutzt, dann hat man diesen ganzen Sack voll hohler Begriffe mit eingekauft, nämlich besonders einen bestimmten Herrschaftsbegriff und die Fiktion, die Herrschenden seien die Subjekte ihrer eigenen Gesellschaft, was meiner Ansicht nach nicht zutrifft.

Da ist jetzt wieder die Frage nach der inneren Verfassung Iraks, die Thomas schon angesprochen hat. Es ist denkbar, daß die interne ökonomische Krise eines solchen Landes eine Dynamik entwickelt, die sich nicht nur aggressiv nach außen richtet, sondern auch intern barbarische Verhältnisse etabliert. Es gibt eben Gesellschaftsformen, die noch unter dem Niveau bürgerlicher Vergesellschaftung liegen. Sie erreichen zwar aus Gründen dieser Vergesellschaftung doch einen anderen Zustand von Vergesellschaftung, einen barbarischen Zustand. Die irakische Gesellschaft ist derart verfaßt, daß sie notwendig zum Krieg treibt (von 20 Jahren Saddam Hussein ist 18 Jahre Krieg geführt worden). Das ist eine Gesellschaft, die aus Gründen ihrer inneren Verfaßtheit zu einer barbarischen Homogenisierung des Staatsvolkes treibt, also nationale Minderheiten ausrotten muß. Sie möchte das Preußen des vorderen Ostens sein, das Bismarckmodell nachspielen und alle arabischen Staaten einen. Sie braucht den Antizionismus, um den „Imperialismus“, den sie ökono-

misch nicht bekämpfen kann, doch symbolisch abstrafen zu können und sich so intern Legitimation zu verschaffen.

Ich möchte das mit einem Satz von Johann Georg Seume aus dem Jahr 1799 zusammenfassen: „Es ist oft ein Glück für die Menschheit, daß die größeren Verbrecher die kleineren im Zaum halten. Wie allerdings daraus eine vernünftige Weltregierung werden soll, weiß ich auch nicht". Wenn man den Konflikt zwischen Irak und USA derart verhandelt, dann kann man antikapitalistisch etwa so agieren, daß man sagt: Wir kämpfen gegen einen totalen Weltmarkt und seinen Weltpolizisten, ohne uns allerdings in Konflikten wie dem zwischen USA und Irak auf irgendeine Seite zu schlagen, sondern nur unter Aufrechterhaltung einer Fundamentalkritik an der ökonomischen und politischen Verfassung des Weltmarkts.

Mann: Stößt sich an dem Begriff roter Nazi und will wissen, ob die Linke in Affinität zum Nationalismus steht, oder ob beides für Bruhn dasselbe ist.

Bruhn: Wilhelm Reich hat die Stalinisten einmal rote Nazis genannt. Das war vor 1939, also vor Bekanntwerden der nationalsozialistischen Vernichtungspläne. Es gibt tatsächlich starke Strukturanalogien, die man sich unter Verwendung der Totalitarismustheorie ansehen sollte. Man muß diskutieren, ob es nicht zwei schlechte Formen von Aufhebung bürgerlicher Gesellschaft gibt. Eine, die versucht, die Gesellschaft als proletarische und eine, die versucht, sie als völkische zu organisieren. Zwei Aufhebungen, die beide schief sind, weil sie beide die grundlegenden Charaktere nicht brechen, besonders die Staatsverfaßtheit und die Zentralität politischer Macht. Wegen dieses Nicht-Brechens zentraler politischer Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft ergeben sich Strukturanalogien zwischen Faschismus und Stalinismus bei zugleich ganz unterschiedlichen ökonomischen Dynamiken, Ideologien, Artikulationen. Ich halte den Vergleich für legitim, weil politische Fraktionen, die vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sprechen, und das tun Nazis und Stalinisten, immer Volk als das Gegenteil von freier Assoziation von Individuen untereinander definieren. Mit dieser Artikulation von Volk reproduzieren sie -bestimmt im Widerspruch - immer die Legitimation von Staatsmacht. In diesem Bezug aufeinander läßt sich diskutieren, deswegen ist der Vergleich erstmal nicht illegitim.

Mann: Möchte wissen, ob die Behauptung von Bruhn, daß es keine Subjektivität im Weltmarkt gebe, auch bedeuten solle, daß alle von der kapitalistischen Weltökonomie Betroffenen, bzw. an ihr Beteiligten die gleiche Verantwortung trügen.

Bruhn: Es gibt Metropolen und Peripherien. Es gibt natürlich ein Niveaugefälle im Weltmarkt, aber die Frage der Verantwortung stellt sich nicht, weil das Problem sich nicht mit moralischen Kategorien begreifen läßt. Man müßte fragen, unter welchen Bedingungen Subjektivität überhaupt entstehen kann. Die linke Auffassung von der Sache ist davon gekennzeichnet, daß man von der Kritik der politischen Ökonomie nicht viel wissen möchte, sondern sich auf Institutionen wie den IWF konzentriert. Der IWF ist bekanntlich der Versuch einer politischen Regierung von sich mit brachialer ökonomischer Gewalt von selbst durchsetzenden Ausbeutungsverhältnissen. Der IWF ist also nur das Management oben drauf und nicht die eigentlich regulierende Instanz. Das heißt, wenn man gegen diese Verhältnisse auftritt, dann hat man zugleich gegen die Notwendigkeit eines wie auch immer gearteten Souveräns auf dem Weltmarkt anzugehen. Aber an diesem Weltsouverän partizipieren die Staaten der Dritten Welt. Als Weltgesellschaft sind sie Subjekte des Völkerrechts und als solche vollkommen egalitär mit den Vereinigten Staaten. Das ist dasselbe Problem, das auch bei der Betrachtung sozialer Binnenverhältnisse auftritt. Der Kapitalist und der Arbeiter sind vollkommen gleich als Subjekte des Rechts und als Subjekte der Ökonomie, als Geldgebraucher. Diese eigentümliche Gleichheit wird mißverstanden und in den Kategorien von Privilegienwesen interpretiert. Also müssen wir die Grundfragen stellen, die im Leninismus nie gestellt worden sind und von den Grünen schon gar nicht: was heißt Staat und was heißt Kapitalproduktion?

Ebermann: Was mich am meisten interessiert ist, wo das, was du Fundamentalkritik nennst, umfällt in schnöde Demagogie. An Deiner Argumentation ist ja zunächst einmal auffällig, daß du ein fast unbemerktes absolut realpolitisches Resümée ziehst. Warum fällt Fundamentalkritik immer wieder in Realpolitik um? Doch das stell' ich noch zurück. Ich spreche erst einmal ein paar Einzelheiten an.

Was soll das Zitat besagen, daß die großen Verbrecher zum Glück die kleinen mäßigen? Willst du das empirisch durchprüfen, daß Pinochet noch viel mehr angerichtet hätte, wenn er nicht aus dem Weißen Haus Order bekommen hätte? Diese sympathieheischende Formel besagt in ihrer Konsequenz, daß es sich unter imperialistischer Direktherrschaft besser leben läßt, als wenn man etwas dazwischen schaltet.

Was sollen die Formulierungen, die darauf hindeuten, man müsse untersuchen, wer so handeln muß, wie er es praktiziert? Was soll bei der Untersuchung herauskommen, ob die ira-

kische Herrschaftsschicht so handeln muß, wie sie es tut? Ich kann mir dabei überhaupt kein brauchbares Ergebnis, sondern nur irgendwelchen Determinismus vorstellen. Ich finde es nach wie vor richtig, daß die Linke sich sogar dafür interessiert hat, wie in Befreiungsbewegungen unterschiedliche Flügel die verwendeten Programme verfolgt haben. Wenn man nur ein bißchen weiß wie in einem – wenigsten ein bißchen – in Befreiung befindlichen Angola, nicht nur der Kampf zwischen MPLA und UNITA getobt hat, sondern wie in der MPLA verschiedene, höchst relevante Richtungskämpfe stattgefunden haben Wieviel müssen wir der nationalen Bourgeoisie zugestehen, damit sie uns nicht abhaut und einigermaßen loyal ist; wieviel Privatbesitz in der Landwirtschaft wollen wir, wieviel Kollektivität können wir hinkriegen; wieviel staatlich-bürokratischer Apparat brauchen wir im Gegensatz zur real aufzubauenden Volksherrschaft' Wenn all diese Fragen in Wirklichkeit nur Mumpitz sein sollten, weil so gehandelt werden muß, wie das der Weltmarkt und die jeweilige Stellung der subalternen kleineren und wenig mächtigen Staaten festgeschrieben haben, kann keine Aufklärung über die tatsächlich unterschiedlichen Ziele stattfinden. Auch die Niederlagen der Linken in Befreiungsbewegungen würden dadurch verschüttet, es kommt gleichzeitig zu einer gewaltiger objektiven Entschuldigung eines so verfaßten Herrschaftssystems wie derzeit in Nicaragua. Es können die Begrenztheiten der Spielräume aufgezeigt werden, aber es kann nicht herauskommen, daß so und nicht anders gehandelt werden muß.

Bruhn: Würde man eine Untersuchung des deutschen Nationalsozialismus machen, dann würde man eine Ahnung bekommen vom objektiven Zwangscharakter von Ökonomie, der einreißt, wenn ein Staat in einer Krise von Desintegration im Weltmarkt auf Autarkiepolitik setzt und sich daraus bestimmte ökonomische und politische Zwänge ergeben wie sie Alfred Sohn Rethel analysiert hat. Dieser Zwangscharakter der sozialen Reproduktion im deutschen Faschismus hat dazu geführt, daß eine solche aus der bürgerlichen in eine barbarische umgekippte Gesellschaft wie ein Amokläufer die Welt mit Krieg überzieht. Das war ein Einbruch einer ganz anderen Vergesellschaftungsweise in den kapitalistischen Weltmarkt. Marx hat ja mal von der Selbstaufhebung des Kapitals auf eigener Grundlage gesprochen, also von einem Umkippen des Kapitals in bestimmten seiner Zustände in Formen, die man rein äußerlich als Form der ursprünglichen Akkumulation beschreibt: Raubbau nach innen, Raubbau nach außen, Vernichtung und Herstellung eines bestimmten Sozialzustands, der sich in einem Begriff wie Logik nicht begreifen läßt. Das mit den großen und kleinen Verbrechern ist überhaupt keine sympathieheischende billige Floskel und Polemik, sondern genauer Ausdruck des Problems, das entsteht, wenn eine bürgerliche Gesellschaft aus ihrer eigenen Dynamik heraus umkippt. Dann müssen die restbürgerlichen Staaten den Barbaren bekämpfen, weil er sie ja auch selber bedroht. In diesem Kampf setzen sie, wenn sie ihn gewinnen, zumindest die revolutionäre Aufhebbarkeit bürgerlicher Gesellschaft durch, die der Faschismus objektiv total vernichtet. Darum stimmt die Regel von den großen und kleinen Verbrechern. So wie in Italien jeder weiß, daß es besser ist, mit der Zentrale der Mafia zu verhandeln, als mit den kleinen Gangstern, weiß auch jeder, daß an den Spitzen der ganz normale Wahnsinn herrscht, der objektiv gebotene Irrsinn und nicht noch Separatformen, Grausamkeitsformen dazukommen. Diese Separatformen sind das notwendige Produkt des Zentrums, da bin ich mit dir völlig einverstanden. Darum ist es Wahnsinn zu sägen, die USA kämpfen für die Demokratie am Golf, ohne dabei zu sagen, daß die Demokratie eine objektive Staatsideologie ist, ohne zu sagen, daß diese Demokratie im Zentrum die Barbarei an der Peripherie notwendig aus sich heraussetzt. Und jetzt noch einmal zu den Analysen über die interne Verfassung des Irak (da kenne ich mich auch nicht so aus). Mir hat einmal ein nach der Kommunistenverfolgung von 1978 emigrierter irakischer Kommunist erzählt, er hätte überhaupt keine Probleme mit Enzensbergers Saddam-Hitler-Vergleich. Der beschreibt die Verhältnisse im Inneren des Irak als Blockwartsystem, als äußerste Atomisierung der Bevölkerung zur Unterbindung kollektiver Gegenwehr, Bespitzelung etc. Der findet es gut, daß die Zentrale ihren Lakaien mal soweit durcheinanderbringt, daß die Opposition wieder eine Chance hat, sich zumindest zu kollektivieren, sich zu organisieren, denn genau das ist durch das System ausgeschlossen.

Zum Schluß noch einmal zu dieser Sache mit der Fundamentalkritik. Es ist ein effekthascherischer Trick von Dir, Dich immer in die Rolle desjenigen hineinzubegeben, der Politik machen will, aber bloß keine Realpolitik. Was heißt denn eigentlich Politik machen? Das heißt Leute organisieren, Interessen verallgemeinern, Minimalkonsense und Maximalkonsense herstellen, Programme usw. Das sind alles Formen, die die Zentralität politischer Macht immer schon vorausgesetzt haben. Den Fundamentalkritikern hält man vor, sie seien Schreibtischtäter, den Realpolitikern, sie hätten keine Theorie und man selber ist das Weltkind in der Mitte, das nach allen Seiten Kritiken verteilt und sich selber auf seinen guten Willen beruft und sich raushält. Du hast davon gesprochen, daß man handeln müsse, man Politik machen müsse, also organisieren, Interessen verallgemeinern etc. Das ist doch alles im Kern schon ein Versuch, Individuen zur Masse zu organisieren, damit sie als Schwungelemente taugen. Deine einzige Kritik an der grünen Partei ist doch die, daß sie die Vermittlung zum Staat hin für die falschen Interessen besorgt. Du warst gestern für die Grünen ohne Staatskritik und bist heute gegen die Grünen ohne Staatskritik.

Du hast gemeint, wenn man so analysieren würde wie ich es tue, könnte man nicht

handeln und das sei keine Aufklärung. Der Begriff von Aufklärung scheint mir da doch sehr in Frage zu stehen. Die Flugschrift der Radikalen Linken zum Beispiel, das ist doch bestenfalls Information. Immer dann, wenn irgendwo was passiert, macht ihr linke Länderkunde. Man studiert panisch die Programme der verschiedenen Befreiungsbewegungen, arbeitet sich ein, wird Experte in Sachen Nicaragua, Vietnam etc. Man ist selber schon zum Weltbürger erzogen worden durch diese Länderkundlerei. Aber es gibt überhaupt keine Kritik an dem Begriff der nationalen Befreiungsbewegung und der Vorstellung, daß man sich mit der Form Nation befreien könnte. Aufklärung besteht hier doch gerade darin, den Begriff Nation ins Zentrum zu nehmen und damit aufzuhören, mit der Informationsvermittlung über Differenzen in nationalen Befreiungsbewegungen irgendwen aufklären zu wollen. Subjektivität, die wirklich überschreitend sein soll, die revolutionär sein soll, kann nicht von Leuten, die Politik machen wollen erfunden oder in Lernprozessen vermittelt werden, sondern sie ist ein Produkt der objektiven Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus. Es ist die Krise, die überhaupt erst Gelegenheit zur revolutionären Praxis, der Bedingungen und der Möglichkeiten nach gibt. Die Aufgabe der Linken ist es, einen kollektiven Kritiker aufzubauen, der in Situationen, in denen die Gesellschaft durch brachiale Krisen von ihren bisherigen Denk- und Lebensumständen so weit distanziert wird, daß alles nach Herrschaft schreit, zumindest das, was man als definitiv falsch erkannt hat, den Staat zum Beispiel, massiv kritisiert. Das Verhältnis der Revolutionäre auch zu den sozialen Bewegungen darf nicht ein vorantreibendes, organisierendes sein, sondern muß ein negierendes sein, sofern ideologische Forderungen aufgestellt werden, die objektiv zur Reproduktion von Macht beitragen.

Mann: Bruhns Behandlung des Begriffs Imperialismus schließt es aus, von Unterdrückung bzw. der Legitimität von Befreiungsbewegungen überhaupt noch zu sprechen. Die Rede vom Weltpolizisten und seinen Subpolizisten, die gleichermaßen an der Weltökonomie partizipieren, führt doch dazu, daß eine Unterscheidung zwischen Tätern und Opfern nicht mehr möglich ist. In diesem Zusammenhang ist es auch nicht möglich, sich über Israel zu verständigen.

Bruhn: Ohne weiteres können wir uns darüber verständigen. Wir müssen eben analysieren, warum so eine Weltkapitalgesellschaft antisemitisch und rassistisch nicht nur nach innen, sondern auch nach außen ist. Israel ist in diesem Konflikt als de facto unbeteiligter Dritter von beiden Seiten ins Visier genommen worden. Die Amerikaner, die genau gewußt haben, daß die Drohungen Husseins nicht haltlos sind, haben sich um den Schutz Israels vor Kriegsbeginn einen feuchten Kehricht gekümmert. Andererseits hat Irak es für legitim befunden, im Krieg gegen die USA, gegen die halbe arabische Welt und gegen die UNO, einfach mal so nebenbei Israel zu beschießen. Also beide Lager haben im Konflikt bezogen auf Israel ein ganz klares Kosten-Nutzen-Kalkül gemacht. Beide haben aus Gründen, zu denen wir später noch kommen werden, Israel aufs Spiel gesetzt. Das erklärt sich aus dem innergesellschaftlichen Antisemitismus, wo über den Juden eine Rechnung aufgemacht wird: nützt er uns oder nützt er uns nicht? Jeder beantwortet die Frage anders, aber das Kalkül selber ist der Skandal. In Bernt Engelmanns Buch „Deutschland ohne Juden – eine Bilanz" treffen wir zum Beispiel auf dieses Kalkül. Die Bilanz fällt hier positiv aus, weil wir mit Einstein besser gefahren sind, wir Deutschen. So sieht die Bilanz aus, wenn sie für die Juden gut ausgeht. Engelmann schreibt aber kein Wort über die ostjüdischen Arbeiter, die Massenarmut; die haben ja keine Musik gemacht, keine Bücher geschrieben, die Kultur nicht bereichert, was ist mit denen? Da sieht die Bilanz eben schlecht aus. Dieses Kalküldenken wiederholt sich auf Weltebene an Israel. Das ist die außenpolitische Darstellung des innergesellschaftlichen Antisemitismus und seiner normalen Verhaltensweisen. Ich würde daher sagen, daß eine Analyse von Weltkapitalgesellschaft sich mit der Bestimmung der Frage Israel, Golfkrieg, USA nicht nur nicht ausschließt, sondern sich bestens anschließen läßt.

Ebermann: Man hat 1914 trefflich darüber streiten können, wie grausam der zaristische Despotismus ist. Aber entweder hatte das den Sinn, die Legitimität des von Deutschland geführten Krieges zu begründen, oder man machte die .Feststellung, daß es wahrlich keine begrüßenswerten, emanzipatorischen gesellschaftlichen Zustände im zaristischen Rußland gegeben hat, daß das aber dennoch überhaupt kein Grund ist, irgendeine Legitimität des Krieges in Deutschland zu entdecken. Ein Sinn der Debatte scheint mir darin zu liegen, ob man sich so viel über die Boshaftigkeit des Despotismus, den Völkermord des Baath-Regimes, ereifern kann, daß der Krieg, der vom Imperialismus geführt wird, dem Hauptgendarmen und seinen Verbündeten als gerechtfertigt zugestanden wird.

Es bedarf eigentlich keiner Aufarbeitung mehr, daß sich Revolutionsromantik blamiert hat. Ich erinnere daran, als hier bekannt wurde, daß es in der Führungsspitze der Befreiungsbewegung in El Salvador teilweise liquidierend und mordend zuging, war das einigen ein Anlaß, die Unterstützung für „Waffen für El Salvador" zu unterbinden. Es kam der Geruch auf, daß Geld für Waffenkäufe von Leuten gesammelt wird, die gar nicht so gut sind, wie bis dahin in der Solibewegung erwartet wurde. Wer etwas mehr wußte, wußte auch, daß die rosaroten Propagandaschriften von der Güte der Menschen und daß die Zärtlichkeit nur im bewaffneten Kampf entdeckt werden

kann, wenig Wahrheitsgehalt hatten. Ich habe es immer als einen demagogischen Versuch gesehen, wenn das der Grund war, die Bemühungen solcher Befreiungsbewegungen und der sie tragenden sozialrevolutionären Kräfte nicht weiter zu unterstützen, ohne daß ich deshalb ein Freund der Apologetik dieser Befreiungsbewegungen war. Das alles mag an der Baath-Partei und Saddam Hussein mal Hundert potenziert sein. Sobald aber die Debatte bewußt oder versehentlich den Zweck transportiert, deswegen Verständnis für die Aggression zu wecken, wird sie falsch.

Mann 2: Um am Beispiel El Salvador anzuknüpfen: Es hätte klar sein müssen, daß eine Bewegung, die vorhat, die Revolution über die Nation zu betreiben, sich also als Staatsgründungsbewegung darstellt, auch wenn sie noch nicht an der Macht ist, als der zukünftige, als der prospektive Staat verhält, insofern genauso gewalttätig gegenüber ihren eigenen Leuten ist, wie sie später als Staatsmacht auch sein wird. Es wäre eigentlich nach beiden Seiten revolutionärer Defaitismus angesagt. Sowohl gegenüber der dominierenden Macht, als auch gegenüber Befreiungsbewegungen, die Staaten gründen. Wir haben auf beiden Seiten eigentlich keinen positiven Bezugspunkt. Bei Saddam Hussein schon gar nicht mehr. Es ist mir bei den Analogien vom Golfkrieg zum Weltkrieg II immer wieder aufgefallen, daß die Feststellung, daß die Koalition gegen Hitler richtig war, leicht dazu führt, daß diese Analogie über alle möglichen Regimes der Welt ausgedehnt und damit dem demokratisch organisierten Kern die Legitimation erteilt wird.

Bruhn: Demokratisch organisierte Länder können aus ihrer eigenen Logik heraus in ihr Gegenteil umkippen. Der Satz von Marx, von der Selbstaufhebung des Kapitals auf eigener Grundlage beschreibt das recht schön. Daß es eine solche Dynamik gibt, ist vom traditionellen Marxismus nie gedacht worden. Da geht es nur nach oben und immer höher und weiter und das Kapital bereitet seine eigene revolutionäre Aufhebung vor. Daß es auch eine negative Selbstaufhebung geben kann, eine eigenständige Sozialformation, die man Barbarei nennt und die auf der Spitze von Kapitalvergesellschaftung entsteht, ist im Marxismus undenkbar gewesen, solange er unter dem Einfluß dieses sozialdemokratisch-leninistischen Zeugs stand. Demokratie und Diktatur hängen als verschiedene Formen von Staatlichkeit natürlich untergründig zusammen. Da, wo Demokratie als Staatsform im Zentrum möglich ist, kann an der Peripherie aufgrund anderer ökonomischer Verhältnisse dieser Staat sich als Diktatur erweisen. Deswegen kann man Demokratie gegen Diktatur in diesem Sinne nicht verteidigen, außer im Punkt Israel. Bei jedem anderen Krieg, meinetwegen beim Vietnam-Krieg oder bei der Intervention der Weltpolizisten irgendwo auf der Welt, ist es im Prinzip vollkommen richtig, so zu argumentieren, wie Thomas das gerade getan hat, aber nicht am Punkt Israel. Nicht an dem Punkt, an dem es alle legitim finden, die Weltpolizei und die an der Peripherie, die von ihr niedergehalten werden, an Israel dieses Kosten-Nutzen-Kalkül aufzumachen. Das Kosten-Nutzen-Kalkül über den individuellen Juden oder den Staat Israel ist immer schon geistiger Vorschein dieser Kapitalverhältnisse, die die objektive Möglichkeit der Barbarei in sich bergen.

Frau: Weist die Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus zurück. Schließlich gebe es auch in Israel nicht wenige radikale Kritiker des Zionismus.

Bruhn: Ich würde die These aufstellen, daß, wenn in Israel der Zionismus kritisiert wird, dann ist das in Israel einfach nur der Name für den israelischen Nationalismus. Wenn aber in Deutschland das Wort Antizionismus in den Mund genommen wird, dann ist es nicht mehr der Name für den israelischen Nationalismus, sondern ein Tarnname für Antisemitismus, das wird immer durcheinandergebracht. Die Antizionisten in der BRD nützen die ganz andere Bedeutung, die Antizionismus in Israel hat und auch in der Geschichte der Arbeiterbewegung in den 20er Jahren, sozusagen strategisch aus. Wenn man die israelische und die deutsche Rede vom Zionismus miteinander vergleicht, dann hat man beim israelischen Gebrauch dieses Wortes nie die Assoziation, die Juden seien erstens die Verkörperung des Geldes und zweitens die Verkörperung des Kosmopolitismus, des wurzellosen Weltbürgertums. Aber genau diese Konnotationen sind in der antizionistischen Demagogie, wie sie in der BRD-Linken herrscht, überpräsent. Dafür habe ich, wenn es gewünscht wird, einige Beispiele. Nun heißt es immer, wenn man ein konkretes Beispiel anführt, das treffe nur für eine bestimmte Fraktion zu und gehe den Rest nichts an. Man darf also von Beispielen nicht verallgemeinern, aber man darf auch nicht von Thesen aufs Besondere kommen. Beides mag die Linke nicht, weil sie dem Thema aus-weichen will. Wenn man eine Schrift liest, wie die des Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg mit dem Titel „Der staatsfeindliche Zionismus“ von 1938, und sie mit ML-Schriften über das Problem vergleicht, dann ist zunächst mal formal gesehen auffällig, daß die gleichen Stereotypen präsent sind. Schon 1920 hat der erste Antizionist Deutschlands, Adolf Hitler, gesagt: “Der ganze Zionistenstaat soll nichts anderes werden als die letzte vollendete Hochschule der internationalen Lumperei und von dort aus soll alles dirigiert werden. Jeder Jude soll gewissermaßen die Immunität bekommen als Staatsbürger des palästinensischen Staates. Nebenbei behält er naturgemäß unsere Staatsbürgerrechte auch noch, aber er erreicht eines damit: Wenn sie nämlich einmal einen Juden auf frischer Tat ertappen sollten, so ist das kein deutscher

Jude, sondern ein Bürger von Palästina.“ Diese Redeweise, den israelischen Staat als eine Art strategischen Stützpunkt für Weltbegaunerei zu bezeichnen, prägt das faschistische Bild vom Zionismus durch und durch.

Auch die Analogie von Zionismus und Faschismus ist ganz falsch, und prägt doch die ganze ML-Rhetorik. Ein willkürliches Beispiel aus einer sich selbst antifaschistisch nennenden Freiburger Zeitschrift: Diese Zeitschrift hat ein großes Thema, die Menschenrechtsfrage in den von Israel besetzten Gebieten, und es ist von vornherein entschieden, daß dieses Thema unter der Rubrik Antifaschismus behandelt wird. In einem Artikel wird über einen Vortrag, den Felicitas Langer in Freiburg gehalten hat, berichtet: „Ich bin mir“, schreibt der Autor, „nach dem Vortrag von Frau Langer sicherer als zuvor mit meiner These, daß ‚Israel’“, Israel natürlich in Anführungszeichen gesetzt, „nicht den nationalsozialistischen Mißbrauch jüdischer Menschen aufhob, sondern ihn fortsetzte unter Mitwirkung von Zionisten, die schon mit den Nazis zusammengearbeitet hatten. Soll Rassismus dadurch bekämpft werden, daß man seine Opfer zusammensteckt und bewaffnet? Und was ist die Grundlage eines Staates, der die erste Aufgabe hat, ‚Juden’ zu schützen? Sie ist rassistisch, ob nun das Judentum als nationalsozialistischer Begriff verwendet wird oder nicht.“ Das ist natürlich nur ein Beispiel, aber ich könnte viele solcher Beispiele bringen. Darin liegt die Bedeutung Broders, daß er diese Beispiele gebracht hat, daß er sich die unendliche Mühe gemacht hat, empirisch zu kontrollieren, inwieweit der Antizionismus in der Linken präsent ist. Daß er das nicht in materialistischen Kategorien tut, ist auf jeden Fall richtig, und ich würde auch seine These vom ewigen Antisemitismus ablehnen. Er ist auch nur ein bürgerlicher Kritiker, aber er hat natürlich gegen die Völkischen allemal recht, weil er ihnen sozusagen die Bilanz vorlegt. (...)

Es ist nicht zufällig, daß niemand vom israelischen Nationalismus spricht, obwohl das eigentlich geboten wäre. Alle reden vom Zionismus, und da kommt die erste Verschiebung schon rein. Die zweite Verschiebung ist die Unfähigkeit zur Israelkritik. Das ist nicht nur eine Unfähigkeit zur Nationalismuskritik, sondern der Wunsch, zwischen guten und schlechten Nationen zu unterscheiden und die guten Nationen am Negativbeispiel Israel positiv zu privilegieren. Was man aber an Israel tatsächlich lernen kann, ist das Problem einer bürgerlichen Staatsgründung aus dem Nichts, auf einem Terrain, auf dem andere Leute gewohnt haben. Das ist das Erkenntnisproblem: Was ist Staatsgründung, was ist Nation, und zu welchen Phänomenen kommt es, wenn sich in einem historischen Terrain, wo bis 1918 Imperien waren und keine Staaten, wo also die Kategorie Staat praktisch unbekannt gewesen ist; auf einmal sich eine bürgerliche Staatsgewalt zu etablieren versucht. Dann kommt es in einem ganz kurzen Zeitraum zu dem, was Althusser eine ursprüngliche politische Akkumulation genannt hat, in der also wie im Zeitraffer die Konzentration der Gewalt in wenigen Jahren abläuft, die in Europa im Verlaufe von Jahrhunderten stattgefunden hat. Eine Linke nun, die vom Staat so wenig Ahnung hat, daß sie einen sozialistischen oder demokratischen Staat für möglich hält, muß natürlich ihre eigene Ideologie an der offensichtlichen Gewaltsamkeit von Staatsgründungen blamiert finden. Sie muß eine solche Weise von Staatsgründungen als das Gegenteil eines ordentlichen Staates verstehen, denn da darf Gewalt keine Rolle spielen.

Das ist erstmal das Grundproblem. Und zu diesem Grundproblem kommt nun die ganze Sache mit dem Zionismus. Abba Eban sagt zum Beispiel, die Hauptaufgabe eines jeden Dialogs mit der nichtjüdischen Welt sei es, zu beweisen, daß der Unterschied zwischen Antisemitismus und Antizionismus überhaupt kein Unterschied ist. Dabei muß Verschiedenes bedacht werden. Abba Eban kann erst einmal recht haben, obwohl er Nationalist ist. Selbst, wenn er mit der Gleichsetzung recht hätte, wäre das, bezogen auf ihn als einen Staatsmann, der reine Zufall. Denn jemand, der in den Kategorien von Souveränität denkt, kann eine nationale Homogenisierungsideologie und -praxis, wie es der Antisemitismus ist, niemals verstehen, weil er als Staatsmann ja selber homogenisieren muß – und die Politik gegenüber den Palästinensern zeigt ja, wohin das führt, wenn man ein Staatsvolk produzieren muß. Daß Abba Eban aber trotzdem recht hat, aus Gründen, die er selbst gar nicht begreifen kann, ergibt sich genau aus dem materialistischen Begriff von bürgerlicher Gesellschaft, der den Antisemitismus strikt unterscheidet vom Antijudaismus. Die zionistische Polemik muß selber den Antisemitismus, der ein ökonomisches und politisches Phänomen ist von bürgerlichen Gesellschaften, die sich barbarisch entwickeln, als Aggression gegen „Menschen jüdischen Glaubens“ begreifen. Worum handelt es sich nun beim Antisemitismus? Bezieht man sich auf Moishe Postone, der versucht, den sozialpsychologischen und kulturkritischen Ansatz von Adorno Ökonomie- und staatskritisch zu fundieren, dann sieht man, daß es sich beim Antisemitismus um bestimmte Vorstellungen vom Geld- und Staatfetisch handelt. Deshalb ist der Antisemitismus weder ein Vorurteil noch eine Manipulation von Herrschenden, sondern gehört zum Objektivitätsbestand von Staats- und Klassengesellschaften. Ich würde sagen, Staats- und Klassengesellschaften sind fundamental rassistisch und strukturell antisemitisch.

Mann: Das muß doch dann auch auf den Staat Israel zutreffen.

Bruhn: Israel kann rassistisch sein, aber nicht antisemitisch. Rassismus und Antisemitismus haben

den gleichen funktionalen Grund, aber verschiedene Erscheinungsformen. Sie entspringen dem Versuch, der in einem Staat bestehenden formellen bürgerlichen Gleichheit sozusagen ein zweites Fundament unterzuziehen. Dabei handelt es sich bei den Rechten um die Vorstellung von Rasse, bei den Linken um die Vorstellung von Arbeit. Beides sind Versuche, die Individuen, die schon als gleiche Rechtssubjekte zur einheitlichen Bearbeitung durch die Staatsgewalt zubereitet sind, auf Grundlage eines noch tieferen Fundaments zu homogenisieren. Die Vorstellung .vom wurzellosen Weltbürgertum, die bei allen Antizionisten (und nicht nur bei diesen) vorhanden ist, ist systematisch erforderlich, um diese Integration zu leisten. Ich zitiere zur Veranschaulichung mal aus einer Politikerrede: „Der Befreiungskampf des deutschen Volkes ist noch nicht beendet. Noch befindet sich ein Teil unseres Vaterlandes in der Hand der Imperialisten. Der Kosmopolitismus, der gegen die nationale Souveränität der Völker polemisiert und das Nationalbewußtsein als überholte Gefühlsduselei abtut, redet einem wurzellosen Weltbürgertum das Wort und rät den Völkern, ihre Selbständigkeit zugunsten eines imaginären allgemeinen Wohls über Bord zu werfen. Dabei handelt es sich hier um nichts anderes als um das Wohl der amerikanischen Finanzmagnaten, die mit dieser Ideologie die Völker veranlassen wollen, sich ihrer nationalen Identität zu begeben, damit das US-Kapital willenlose Sklaven für die Durchführung seiner Pläne zur Verfügung hat." Soweit Otto Grotewohl in einer Volkskammerrede aus dem Jahr 1950. Obwohl Grotewohl mit keinem Wort von Juden oder dem Zionismus gesprochen hat, hat er doch alle Stereotypen antizionistischer Demagogie exemplarisch versammelt. Man kann daran auch sehen, daß die Linke selber konterrevolutionär ist, soweit sie sich auf die Kategorie der nationalen Identität anders als kritisch bezieht und soweit sie vom Volk anders spricht, als von einer Zusammenrottung von Individuen zu Staatszwecken.

Ebermann: Es gibt Regionen in der Welt, wo es den Einwohnern verboten ist, ihre Sprache zu sprechen oder zu schreiben. Wo sie keine Möglichkeit haben, ihre eigene Geschichte kennenzulernen. Wo nur die Geschichte des Okkupanten gelehrt wird. Das aktuellste Beispiel sind die Kurden. Daß dort das Bedürfnis entsteht, diese Bedrängnis überwinden zu wollen, finde ich verständlich. Dabei können Formen angenommen werden, mit denen die versteckten Klassenantagonismen der eigenen Gesellschaft weggelogen werden und idealistisch aus der Situation der Unterdrückung eine romantische, volksgemeinschaftliche Ideologie erwächst, wonach alle Kurden oder meinetwegen Vietnamesen gleiche Interessen haben. Aber es ist ein Fehler, verschiedene Typen von Staaten nicht qualitativ voneinander abzugrenzen. Nicht mehr zu unterscheiden zwischen einer, allerdings heute kaum noch anzutreffenden aber denkbaren Konstellation des absterbenden Staates, oder der immer größeren Rücknahme des Staates in die Gesellschaft und wenn aus stinkbürgerlichen Gründen der erreichte Staat zum Nonplusultra, zum höchsten Ziel und der Verkörperung des Guten stilisiert wird, dann sind keine Grundentscheidungen mehr zu treffen zwischen emanzipatorischen Kräften, die zur Absicherung historisch notwendiger Etappen noch der Staatsform bedürfen und denjenigen, die Herrschaft und Ausbeutung für immer zementieren wollen. Wenn wir uns die Freiheit erlauben, jeden Nationalismus gleich kritikwürdig und jeden Staat gleich von Übel zu setzen, haben wir vielleicht ein neues Raster für den Blick auf die Welt, werden aber nur in das permanente Schwanken zwischen fundamentaler Kritik und banaler Realpolitik getrieben.

Ich zitiere jetzt aus eurem Flugblatt: „Das Interesse der USA und ihrer Verbündeten mögen so imperialistisch und verabscheuungswürdig sein, wie sie es auf jeden Fall sind, solange und insoweit diese Interessen die Verteidigung Israels gegen die Angriffe mit deutschen Giftgas implizieren, stehen sie außerhalb jeder Kritik." Und ein kleines Stück weiter: „Wenn die Forderung nach sofortiger Beendigung des Krieges und die nach Sicherheit für Israel einander ausschließen, ist so unerhört wie wahr: Solange diese Alternative besteht, ist es anstößig, das Wort Frieden in den Mund zu nehmen." Zwei Beispiele, daß, solange die Welt nicht so gut ist wie wir sie gern hätten, wir uns auf die Ebene begeben müssen, die uns jeweils das Gute im Schlechten, wie Gremliza sagt, finden läßt. Das ist der Gedanke: Wenn der Krieg tobt, ist jede Kritik frevelhaft, denn es gibt einen guten Zweck, den Schutz Israels vor deutschem Giftgas. Solange der Kriegszweck der militärischen Sicherheit Israels dient, darf man das Wort Frieden nicht in den Mund nehmen. Da sind wir sehr weit weg von jeder Kritik nationaler Staaten oder der Kritik des Nationalismus.

Bruhn: Die Art, wie Du von der Passage aus unserem Flugblatt Gebrauch machst, ist so richtig demagogisch. In dem Flugblatt wird nämlich ausdrücklich gesagt, daß die Stellung Israels in der kapitalistischen Weltgesellschaft analysiert werden muß. Ich würde die These aufstellen, daß sich in der Haltung zu Israel der Antisemitismus bürgerlicher Gesellschaften noch einmal geopolitisch reproduziert, und zwar in einer An und Weise, die am Objekt Israel das mittelalterliche Schema vom Schutzjuden Wiederaufleben läßt. Der Schutzjude des Mittelalters war ein Mensch, der außerhalb der feudalen Ständehierarchie stand und insofern gegenüber der Masse der Bevölkerung Privilegien war. Die Kehrseite dieses Privilegs war, daß er existentiell schutzlos war, weil dieses Privileg auf der reinen Willkür der Herrschenden beruht hat. Es ergab sich also im Rahmen eines strategischen Kosten-Nutzen-Kalküls von Herrschaft über Juden dieses Schwanken zwischen

Privilegierung und Vertreibung, zwischen Gewährung von Vorteilen und der Bedrohung mit dem Massaker. Detlev Claussen hat in seinen Studien gezeigt, daß die Unteren, wenn sie etwas gegen Herrschaft haben, konformistisch-rebellisch reagieren, die Juden als Privilegierte der Herrschaft zurechnen - und sie stellvertretend für Herrschaft massakrieren. Damit demonstrieren sie, daß sie eigentlich auf Seiten der Herrschaft stehen, also nach dem Schema: wenn das der Führer gewußt hätte. Diese Betrachtungsweise kehrt wieder, bezogen auf die geopolitische Stellung Israels. Israel als Staat steht genauso außerhalb der Herr-Knecht-Ordnung der Welt wie der Schutzjude des Mittelalters und alle projizieren auf ihn. Nehmen wir als Beispiel die Rolle des Antizionismus im arabischen Nationalismus. Die autoritären Regimes dort fühlen sich im Weltmarkt sehr gut zuhause – sie triumphieren mit ihrem Ölpreis über die Vierte Welt –, müssen aber, um ihre eigenen Massen zu integrieren, auf Israel zeigen als den „Brückenkopf des Imperialismus“, wie diese antisemitische Phrase lautet, um den Zorn ihrer eigenen Bevölkerung über die Massenarmut zu projizieren und zugleich mit dem Weltmarktpolizisten gut auskommen zu können. Das ist die Grundsituation. Wenn ich nun diese auch von der RL in ihrer Flugschrift getroffene Unterscheidung heranziehe und sage, Israel ist einerseits/andererseits, Brückenkopf und Asyl, dann habe ich diese schöne Politiker-Funktion des Weltkindes in der Mitte. Einerseits kann ich nach der Seite des Brückenkopfs hin die niederträchtigsten Vorurteile von Antizionisten wunderbar beliefern (das macht ihr ja auch gut in eurer Flugschrift), andererseits, nach der Seite des Asyls hin, kann ich allen Bedenken und Kritiken bezüglich eines Antisemitismus' auch recht geben. Du bist immer der bloße Vermittler und brauchst selber zur Sache nichts zu sagen. Du beziehst dich wie alle Politiker auf den gesunden Menschenverstand, der sozusagen ein ursprünglicher Positivist ist, der sich von einer Sache keinen synthetischen Begriff bilden möchte und auch nicht bilden kann, sondern immer in Kategorien wie Soll und Haben, Licht und Schatten, einerseits und andererseits denkt. Insofern bedient sich eure Flugschrift einer der Grundstereotypen von ideologischem Bewußtsein.